

Boysen-Hogrefe, Jens

**Article**

## Folgen des Hochwassers für die öffentlichen Haushalte: Evidenz vom Hochwasser 2002

IfW-Box, No. 2013.11

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Boysen-Hogrefe, Jens (2013) : Folgen des Hochwassers für die öffentlichen Haushalte: Evidenz vom Hochwasser 2002, IfW-Box, No. 2013.11, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/201070>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## IfW-Box 2013.11

### Folgen des Hochwassers für die öffentlichen Haushalte: Evidenz vom Hochwasser 2002

Jens Boysen-Hogrefe

Die jüngsten Hochwasser an mehreren Flussläufen in Deutschland haben erhebliche Schäden bei Vermögenswerten Privater, aber auch an der öffentlichen Infrastruktur hervorgerufen. Aktuell wird die Einrichtung eines Sondervermögens angeregt. Als Vorbild gilt das Sondervermögen Fonds „Aufbauhilfe“, das in den Jahren 2003 und 2004 als Reaktion auf die Kosten der Hochwasser des Jahres 2002 gebildet wurde. Die Ereignisse des Jahres 2002 bilden eine gute Vergleichsgrundlage für die Bewertung der Folgen der aktuellen Hochwasser.

Das Hochwasser 2002 hat schätzungsweise Schäden in Höhe von rund 9 Mrd. Euro ergeben, von denen rund 4 Mrd. Euro auf Vermögensschäden privater und knapp 4,5 Mrd. Euro auf Schäden an öffentlicher Infrastruktur entfielen (Deutscher Bundestag 2003). In Reaktion wurde das Sondervermögen Fonds „Aufbauhilfe“ gebildet, das aus Mitteln des Bundes und der Länder sowie der EU finanziert wurde. Zur Finanzierung wurde eine zeitliche Verschiebung der Einkommensteuersenkung und eine zeitweise Erhöhung der Körperschaftsteuer durchgeführt, wobei der Anteil der Kommunen an den zusätzlichen Einnahmen bei diesen verblieb und der Betrag vom Bund ausgeglichen wurde.

Geplant war zunächst eine Ausstattung des Fonds „Aufbauhilfe“ mit 7,1 Mrd. Euro. Bereitgestellt wurden in den Jahren 2003 und 2004 Mittel im Umfang von knapp 6,5 Mrd. Euro, von denen über 2,1 Mrd. Euro nicht abgerufen wurden. Von den rund 4,4 Mrd. Euro wurden über 2,2 Mrd. Euro genutzt, um Programme der Länder zu finanzieren, die ihrerseits der öffentlichen Infrastruktur und Privaten zugutegekommen sein dürften. Eine knappe Milliarde Euro wurde für öffentliche Investitionen von Bund, Ländern und Kommunen bereitgestellt<sup>a</sup> und knapp 0,6 Mrd. Euro wurden als Unterstützungszahlungen, Investitionshilfen und Zinssubventionen an Private vergeben. Knapp eine halbe Milliarde Euro flossen an den Bund, um dessen im Jahr 2002 geleisteten Soforthilfen zu finanzieren.

Das jüngste Hochwassergeschehen wird als vergleichbar mit dem von 2002 geschildert. Die ersten Schadensschätzungen liegen in einer vergleichbaren bzw. nur leicht höheren Größenordnung, insbesondere wenn man seit 2002 gestiegene Vermögenspreise berücksichtigt (*Handelsblatt* 2013). Derzeit wird die Bereitstellung eines Hilfsfonds im Umfang von 8 Mrd. Euro diskutiert. Aus den Erfahrungen mit dem Fonds „Aufbauhilfe“, lässt sich vermutlich schlussfolgern, dass ein Großteil der Mittel für öffentliche Investitionen aufgewandt werden wird. Transfers an Private dürften eine untergeordnete Rolle spielen. Insgesamt bleibt aber trotz der genannten Summe unsicher, in welchem Umfang und zu welchen Zeitpunkten der geplante Hilfsfonds zu Mehrausgaben des Staates beitragen wird. Zum einen müssen nicht alle Mittel abgerufen werden und zum anderen ist denkbar, dass mit Mitteln des Hilfsfonds ohnehin anstehende Projekte finanziert werden.

Für die Prognose nehmen wir an, dass in den Jahren 2013 und 2014 Transfers an Private im Umfang von 1 Mrd. Euro stattfinden, zusätzliche Investitionen von rund 4 Mrd. Euro getätigt werden und in geringem Maße Vorleistungen und Arbeitsentgelte im Zuge der akuten Fluthilfe und für spätere Maßnahmen anfallen. Die genannten Ausgaben werden per Annahme zunächst über zusätzliche Schulden finanziert. Darüber hinaus dürften zusätzliche Ausgaben im Jahr 2015 entstehen, allerdings dürften zugleich auch Finanzierungseffekte einsetzen, die zum einen dadurch entstehen, dass global die Budgets von Bund und Ländern angesichts der Mehrausgaben gestrafft werden dürften, und zum anderen, dass die Beseitigung der Flutschäden zum Teil auch als Vorziehen von Investitionen gesehen werden kann.

<sup>a</sup>Hierin enthalten sind Zahlungen von über 80 Mill. Euro an die Deutsche Bahn.

---

## Literatur

---

Deutscher Bundestag (2003). Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Kalb, Ramsauer, Hasselfeldt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU. *Bundestagsdrucksache* 15/661 vom 17. März 2003.

*Handelsblatt* (2013). Flut kostet bis zu zwölf Milliarden Euro. Via Internet (11. Juni 2013) <<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/versicherungen/fitch-warnt-vor-folgen-flut-kostet-bis-zu-zwoelf-milliarden-euro/8332082.html>>.